



Übersicht zu politischen Themen im Vergleich AfD -- SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir – der Vorstand der AG 60plus im Unterbezirk Region Hannover – überreichen Euch anliegend eine Gegenüberstellung der Forderungen aus dem AfD – Wahlprogramm mit Bewertungen sowie möglichen Auswirkungen und Standpunkten der SPD.

Wir haben uns bewusst für eine möglichst kurze Form entschieden. Die Auflistung ist nicht vollständig und beleuchtet die im AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 enthaltenen Aussagen.

Für eure Fragen und Anregungen bedanken wir uns bereits jetzt.

Bitte bedenkt immer:

Die AfD instrumentalisiert vorhandene elementare Bedürfnisse und Verlustängste von Bürgern gegenüber gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Eine zentrale Taktik der AfD ist es, Verschwörungstheorien in Umlauf zu bringen, „Volksfeinde“ auszugrenzen und eine vermeintliche „Beschneidung von demokratischen Rechten“ anzuprangern. Die AfD stellt sich damit öffentlich dar als „perfekte und volksnahe Antwort auf Vertrauensverluste vieler Bürger in die Handlungsfähigkeit der Regierung“. Problemlösungskompetenz ist dabei nicht erforderlich und programmatische Forderungen der AfD werden verändert oder der neuen Lage angepasst.

Diese Taktik zum Aufbau eigener Machstrukturen wird konsequent genutzt.

Deshalb ist es wichtig, die Basis der politischen Bewegung AfD zu verstehen:

Die Selbstdarstellung der AfD in ihren eigenen Wahl- und Grundsatzprogrammen haben wir genutzt, um die Widersprüchlichkeit und eigentlichen Ziele der Partei und ihren Organisationen zu verdeutlichen. Daran lassen sich die gesellschaftlichen und politischen Folgen und Konsequenzen dieser Politik darzustellen.

Lfd. Nr.	Aussage AFD	Bewertung - Auswirkungen	Standpunkt SPD
1.	Demokratie		
1.1	Grundwerte - Prinzipien Wirtschaftswunderzeit - verschiedene Verschwörungstheorien	Veraltet. Verschweigt Krisen der 1970er und folgender Jahre.	SPD steht zu den im Grundgesetz verankerten Werten und Rechten.
1.2	Volksabstimmung für Grundgesetzänderung und Abschluss völkerrechtlicher Verträge	Widerspruch zum Grundgesetz Besonders: Teilweise Aufhebung der wichtigsten Rechte der gewählten VolksvertreterInnen	Siehe Punkt 1.1
1.3	Differenzierung des Menschenbildes und Schutz vor Gefährdung der Menschen	Unklare Aussagen, was und von wem soll differenziert werden. Wer soll von wem wovor geschützt werden (Bevormundung?!!)	Ablehnung

2.	Europa		
2.1	Ablehnung EU bis zur Auflösung - fremde Bevormundung - Entdemokratisierung	Wegfall aller Subventionen in allen Bereichen Bauernsterben? Verteuerung vieler Produkte Wegfall des gemeinsamen Rettungsschirms Schwächung der wirtschaftl. Leistungsfähigkeit.	Bestand und Stärkung der EU
2.2	Volksabstimmung über Euro - Kündigung der Vereinbarungen zur EU-Währungs-Union - fremde Währungsregulierung - keine deutsche Haftung für ausländ. Banken	Wegfall Euro, senkt Leistungsfähigkeit EU Zahlungsunfähigkeit schwacher EU-Staaten, Sinkende Brutto-Inlands-Produkte, Abwanderung der Wirtschaft, sinkender Lebensstand, steigende Steuern, geringere Sozialleistung ...	SPD steht zum Euro
3.	Außen- und Sicherheitspolitik		
3.1	Vereinte Nationen reformieren - Streichung Feindstaatenklausel - Vermeidung von	Die Feindstaatenklausel wurde 1994 durch UN-Generalversammlung für hinfällig	Vereinte Nationen stärken u. reformieren. Angestrebt mit anderen Ländern

	Wanderungsbewegungen nach Europa-	erklärt.	ständiger Sitz im Sicherheitsrat.
3.2	NATO - Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und ihrer Waffensysteme -	Gemeinsame integrierte Verteidigung ist ohne alliierte Truppen und Waffensysteme unmöglich = Wegfall Schutzschirm der Nato	SPD steht für dieses Konzept. Deshalb Stärkung des europ. Teils der Nato und Erfüllung Verpflichtungen
3.3	OSZE und Sicherheitsstruktur - Einbindung Russland - Sicherheitspolitik zur Wahrung deutscher Interessen	Verstoß Russlands gegen alle internationalen Verträge. Verurteilung durch Generalversammlung Vereinte Nationen.	Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen von Nato und EU. Stärkung Rolle OSZE in europ. Konflikten
3.4	Bundeswehr stärken -	Rückkehr zum Nationalstaat auch bei Verteidigungspolitik. Widerspruch zu AfD-Einstellung zur Nato	Stärkung unserer Verteidigung und militärische Zusammenarbeit Nato und EU.
3.5	Keine europäische Armee	Nationale wehrtechnische Fähigkeiten = weder Austausch noch Zusammenarbeit mit anderen Staaten.	Verstärkung militärische Zusammenarbeit zwischen den Ländern.
3.7	Wiedereinsetzung Wehrpflicht	Identifikation mit nationalen Streitkräften Wehrhafte Demokratie	Wiedereinführung Wehrpflicht in neuer Form.

4.	Entwicklungshilfe		
4.1	Keine Auswanderung aus wirtschaftlicher Not	Vorschreiben des Auswanderungsgrundes. Keine Einwanderung aus wirtschaftlicher Not	Bekämpfung von Fluchtursachen in Herkunftsländern, auch Maßnahmen gegen Klimakrise.
4.2	Konzentration der Maßnahmen Entwicklungshilfe in außenpolitische Gesamt- strategie einordnen	Geschieht bereits, strittig ist nur die richtige Strategie.	Aufstockung internationale Klimafinanzierung für ärmere Länder.
5.	Sozial- und Familienpolitik		
5.1	Familie als Keimzelle der Gesellschaft besteht aus Vater, Mutter, Kinder „Naturgebundene und gesunde Familie“ - Kinderprämie 20.000 € - 100 € in Vorsorgedepot für jedes Kind	Vielfalt und andere Lebensformen ignoriert. Vorbild soziale und gesellschaftliche Verhältnisse der 50er Jahre Bei Verweigerung droht finanzielle oder juristische Sanktionierung. Keine Erklärung, wie Leistungen bezahlt werden sollen.	Sozialstaat als Errungenschaft der Moderne. Sorgt für Ausgleich u. stärkt das ökonom. Wachstum. Ermöglicht gesellschaftliche – und sichert soziale Teilhabe. Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für freie Entfaltung des Einzelnen und Fähigkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.
5.2	Familienbild und Gleichberechtigung	Familienfeindliche Arbeitsbedingungen,	<u>6 Kernelemente der SPD-Sozialpolitik</u>

	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung von Frauen auf „natürliche Aufgaben“ wie Mutter und Hausfrau - Arbeitsaufnahme von Frauen wird erschwert - Ablehnung höherer Mindestlohn 	<p>faire Löhne für alle und mehr Kitas entbehrlich.</p> <p>Kinder sollen in den Familien betreut werden.</p>	<p>Bürgergeld statt Hartz VI</p> <p>Selbstständige Kindergrundsicherung und Ausbau kindgerechter Infrastruktur</p> <p>Grundrente mit eingeschränkter Bedürftigkeitsprüfung</p> <p>Verbindlichkeit von Tarifverträgen</p> <p>Erhöhung Mindestlohn</p> <p>Glaubwürdige Verbindung einzelner Reformen und soziale Grundrechte</p>
5.3	<p>Rentenversicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generelle Besserstellung Einzahlende gegenüber Arbeitslosen 	<p>Keine weiteren Erklärungen. Besonders Erläuterungen über die Finanzierung fehlen ganz. Keine ergänzenden Transferleistungen</p>	<p><u>Alterssicherung</u></p> <p>Ist zentrales Versprechen des Sozialstaats</p> <p>Stabilisierung Rentenniveau auf 48 %</p> <p>Keine Erhöhung Renteneintrittsalter</p> <p>Rentenangleichung Ost und West</p>
5.4	<p>Soziale Gerechtigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine höhere Besteuerung von Spitzenverdienern. - Fast völlige Abschaffung Erbschaftssteuer - Abschaffung Mietpreisbremse - Steigung Renteniveau 	<p>Umverteilung von unten nach oben an Besserverdienende und Vermögende</p> <p>Finanzierung aus Steuermitteln - aber keine Steuererhöhungen ?????</p>	<p>Anpassung Sozialleistungen an reale Lebenssituation Bedürftiger</p> <p>Leistungen sind soziale Rechte</p> <p>Gezielte, flexible Förderung in Zusammenhang Bedingungen Arbeitswelt</p>
5.5	<p>Bürgergeld, Bürgerarbeit, Transferleistungen</p>	<p>Verdrängung regulärer (ordentlich bezahlter) Jobs durch „Bürgerarbeit“.</p>	<p><u>Soziale Gerechtigkeit bedeutet:</u></p> <p>Gegenseitige Rechte und Pflichten</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung Bürgergeld als langjähriger Bezug - Verpflichtung zu Bürgerarbeit 	<p>Gemeinnützige ehrenamtliche Arbeit wird in Arbeitsverpflichtung umgewandelt. Ursachen, Hintergründe und Folgen werden nicht erläutert.</p>	<p>zwischen Bürgern und Sozialstaat, keine soziale Ausgrenzung, Befähigung für selbstbestimmtes Leben, keine Kinderarmut, Chancengleichheit, menschenwürdige bezahlbare Pflege, Wohnen als elementares Gut</p>
6.	Innere Sicherheit und Justiz		Gewaltenteilung (Legislative, Judikative, Exekutive) muss erhalten bleiben.
6.1	<p>Polizei stärken, Strafjustiz verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungshaft bei dringendem Tatverdacht - Abschaffung von Neuverhandlungen 	<p>Beschneidung Recht aller Bürger auf demokratischen Rechtsweg Rechtl. Überprüfung o. Korrektur von Fehlurteilen werden eingeschränkt o. Ganz abgeschafft</p>	<p>SPD steht zum Rechtsstaat. Verbesserungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufstockung Polizei und deren Ausbildung - Vernetzung der verschiedenen Behörden - Schutz vor Cyber-Attacken - etc.
6.2	<p>Weisungsfreie Staatsanwälte, Richter und Rechnungshöfe</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Überprüfung durch Verfassungsschutz auf Rechtsextremismus 	<p>Demokratischer Staat verliert das Recht, sich gegen Feinde der Demokratie und des Grundgesetzes zu wehren</p>	<p>SPD steht hinter den Aufgaben des Verfassungsschutzes – auch Überprüfungen bei jeder Art von Extremismus</p>

6.3	<p>Bei Angriffen auf Amtspersonen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strafverfolgung nur bei reiner Vermutung - ohne Beweise agieren 	<p>Missbrauch exekutiver Gewalt wird Vorschub geleistet. Rechtssicherheit vermindert.</p>	<p>Unschuldsvermutung ist Teil des Rechtsstaates.</p>
6.4	<ul style="list-style-type: none"> - Unterbringung Alkoholranke, Drogenabhängige, psychisch Kranke Täter in Sicherungsverwahrung - Außerkraftsetzung Asylrecht bei Ausländern - Verlust Staatsbürgerschaft für alle bei bestimmten Tatbeständen - Keine Einbürgerung mehr – nur Abstammung 	<p>Verstoß gegen Grundrechte Stilllegung vieler Strukturen des deutschen Gemeinwesens, Infrastruktur, Wirtschaft, Forschung etc.</p>	<p>SPD steht zu Grundrechten für alle. Für alle gilt Rechtsstaatlichkeit. Jede(r) Bürger(in) kann sich gegen Übergriffe des Staates wehren.</p>
6.5	<p>Schaffung einer Selbstjustiz - Grauzone</p>		<p>Siehe oben</p>
6.6	<p>Organisierte Kriminalität</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausweisung Ausländer nur bei Verdacht - Einbehalten gesamtes Vermögen 	<p>Verstoß gegen Grundrechte Umkehr der Beweislast</p>	<p>Siehe oben</p>
6.7	<p>Deutsche Grenzen schützen-</p> <ul style="list-style-type: none"> - komplette Abschottung 	<p>Verlust europäischer Errungenschaften wie Reisefreiheit und freier Handel.</p>	<p>SPD hält zu EU-Abkommen</p>

	- Einschränkung Maastrichtabkommen		
7.	Klimaschutz		
7.1	<ul style="list-style-type: none"> - Aufkündigung aller Klimavereinbarungen - Keine neuen Vereinbarungen eingehen - Alle Ausgaben für Klimaschutz ersatzlos streichen - Klimaschutzpolitik ist Irrweg - Ablehnung Pariser Klimavertrag 	Schaffung alternativloser Abhängigkeiten, Keine nachhaltigen Konzepte zum Erhalt der Umwelt/Flora & Fauna ...	SPD hält sich an gegebene Zusagen
8.	Umwelt und Energie		
8.1	<ul style="list-style-type: none"> - Energieversorgung durch Mix aus Kohle, Öl, Gas, Kernkraft und Wasserkraft - Erneuerbare Energien schädlich - Entwicklung neuartiger Kernkraftreaktoren 	Äußere Beeinflussung der Energieerzeugungskosten, dadurch Verringerung Wettbewerbsfähigkeit u. Wertschöpfung durch Steueraufkommen.	SPD wird die erklärten Ziele weiter beschreiten.

Quellen:

1. AfD Wahlprogramm 2022
2. AfD Programm zur Bundestagswahl 2021
3. AfD Europawahlprogramm 2023
4. AfD Grundsatzprogramm 2016
5. Ein Durchbruch“ / SPD: Sozialpolitik der SPD (Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 12 / 2019
6. Ord. Bundesparteitag 2019 der SPD, Beschluss Nr .3:
„Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit“: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit „ (6. – 08.12.2019

Hintergrundmaterial zum Nachlesen (Beispiele)

- „Die Verwandlung“ ... der AfD („DIE ZEIT“ vom 16.05.2024)
- Die AfD profitiert von der Perspektivlosigkeit“ (HAZ vom 13.06.2024)
- „Wer wählt die AfD?“ (DIE ZEIT“ vom 21.03.2024)
- „AfD Wähler: Herkunft, Profil, und Motivation“ („Infratest dimap“ / ARD Deutschlandtrend, Roberto Heinrich / Beitragsreihe Marktforschung.de)
- „Was gegen die AfD hilft“ („DER SPIEGEL“ vom 05.01.2024)
- „Kampf um die Klassenzimmer“ (AfD Beeinflussung Lehrer, Schüler, Eltern) („DER SPIEGEL“ vom 15.06.2024)
- „Wir sind zu einem Kampf herausgefordert“ (SPIEGEL Gespräch mit zwei Historikern vom 10.02.2024)
- „Die autoritäre Versuchung“ („Die Demokratie verliert weltweit an Attraktivität“ Demokratie muss entschlossener, schneller, effizienter werden.“) (DIE ZEIT vom 15.04.2024)
- „Pädagogische Politik ist gefährlich“ (Gespräch mit Juli Zeh / SPD- Mitglied („Cicero, Nr. 9, Sept. 2024)
- „AfD wählen – und verlieren“ (Marcel Fratzscher ZEIT – Online, 2024)
- „Wohlstandsgefahr AfD“ (DER SPIEGEL vom 27.01.2024)
- „Extrem verharmlost“ (AfD) („DER SPIEGEL 05.08.2023)

Stand November 2024